

Wahlprüfsteine überparteilicher Organisationen zur Bundestagswahl 2017

**Antworten von:
Jutta Krellmann, Die Linke**



Themenfeld Arbeit / Wirtschaft
Fragestellung: DGB / IGM / VERDI Hameln-Pyrmont

1. **Rente:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Versicherte weiterhin nach 45 Beitragsjahren mit 63 Jahren ohne Abschlag in Rente gehen können?

ja nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Mehr noch. Jede/r muss spätestens ab 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen dürfen. Weg mit der Rente ab 67 Jahren, Wer 40 Jahre gearbeitet hat soll schon ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen können. Das Rentenniveau muss auf 53 Prozent angehoben werden und in die Rentenversicherung müssen alle Erwerbstätige, auch Beamte, Rechtsanwälte, Bundestagsabgeordnete usw., einzahlen.

2. **Spitzensteuersatz:** Halten Sie das jetzige System der progressiven Besteuerung mit einem Spitzensteuersatz von 41 % für sozial gerechtfertigt?

ja nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Ab 70.000€ zu versteuerndes Einkommen im Jahr soll der Steuersatz 53% betragen. Wir wollen eine Reichensteuer von 60% ab der Steuergrenze von 260.533€ und 75% für Einkommen oberhalb von 1 Million Euro zu versteuerndes Einkommen

3. **Arbeitgeberbeiträge:** Die Gewerkschaften fordern die Stärkung der umlagefinanzierten Rente, also auch eine Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge. Unterstützen Sie diese Forderung nach paritätischer Finanzierung?

ja nein

Informationen im Internet unter:

http://hameln-pyrmont.bund.net/themen_und_projekte/wahlen/bundestagswahlen_2017/

oder bei Facebook

<https://www.facebook.com/medienbloghameln/>



- ggf. kurze Bemerkung –

...Nach einer aktuellen Befragung der IG Metall unterstützen das auch der größte Teil der Beschäftigten. Wir wollen keine Rentenfinanzierung durch die Finanzmärkte, wie die Riesterrente, sondern die paritätisch finanzierte RV mit einem Rentenniveau von 53%. Betr. Altersversorgung und kapitalgedeckte Renten gehen nur on Top.

.....

4. Lohnzahlung: Bei der Höhe der Lohnzahlung werden Frauen weiterhin benachteiligt, werden Sie das ändern?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir fordern ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz und Lohnmessungsinstrumente mit einklagbaren Rechten, incl. einem Verbandsklagerecht. Wir wollen den Niedriglohnbereich, in dem mehrheitlich Frauen arbeiten, austrocknen. Wir brauchen familiengerechte Arbeitszeiten und eine Umverteilung der Arbeit.

5. Unternehmenssteuern: Soziale Gerechtigkeit bedeutet für die Mehrzahl der Bürger eine stärkere Besteuerung von Unternehmens- und Konzerngewinnen. Werden Sie sich dafür einsetzen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Die Körperschaftssteuer muss wieder auf 25% erhöht werden und wir wollen europaweite Mindestsätze für Unternehmenssteuern.

6. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Arbeit/Wirtschaft:

Die sofortige Abschaffung der sachgrundlosen Befristung.



Themenfeld Umwelt/Naturschutz

Fragen der BUND Kreisgruppe Hameln-Pyrmont

7. Glyphosatverbot: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland in der EU für ein Verbot des wahrscheinlich krebserregenden Unkrautvernichtungsmittels Glyphosat eintritt?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Besonders umweltschädliche Pestizide wie Glyphosat wollen wir sofort verbieten. Der "Nationale Aktionsplan Pflanzenschutz" soll zu einem wirkungsvollen Plan zur Senkung von Pestiziden in Deutschland umgestaltet werden

8. Freihandel: Werden Sie sich persönlich dafür einsetzen, dass das Handelsabkommen CETA nicht ratifiziert wird, um die stark kritisierten Schiedsgerichte zu verhindern?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir werden uns weiter allen Handels- und Investitionsabkommen widersetzen, die Verschlechterungen der Rechte der Beschäftigten, im Verbraucher-, Umwelt, und Klimaschutz und beim Schutz der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der Förderung von Kulturgütern bedeuten. Schiedsgerichte sind undemokratisch und nutzen nur Unternehmen.

9. Kohleausstieg: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Deutschland den Kohleausstieg 2018 beschließt und sozial verträglich schnellstmöglich verbindlich umsetzt?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir wollen einen zügigen und sozial abgedeckten Ausstieg aus der Kohlestromversorgung. Der EU-Emissionshandel hat versagt. Wir fordern ein nationales Kohleausstiegsgesetz. Der Schrittweise Kohleausstieg soll 2018 beginnen und spätestens 2035 abgeschlossen sein. Der Strukturwandel darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen – daher fordern wir einen Strukturwandelfonds in Höhe von jährlich 250 Millionen



Biotopverbund: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass mit konkreten finanziellen hinterlegten Programmen weiter Wildnisgebiete/Naturerbewälder und Biotopverbünde (grünes Band, blaues Band) initiiert und dauerhaft für die Natur gesichert werden?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Natur, Umwelt und Klima sind öffentliche Güter und unsere Lebensgrundlage, die es zu schützen gilt. Wir wollen ein länderübergreifend zusammenhängenden Biotopverbund und das Bundesprogramm „Biologische Vielfalt“ auf mindestens 50 Mio. Euro jährlich aufstocken.

10. Klimaschutz: Werden sie sich für eine Streichung von klimaschädlicher Subventionen, konkret die Vergünstigungen für Dieselmotoren, hochpreisige Dienstwagen und den Flugverkehr einsetzen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir wollen natur- und umweltzerstörende Subventionen abbauen und die freiwerdenden Gelder in Natur- und Umweltprogramme investieren.

11. Massentierhaltung: Werden sie sich für einen konsequenten Subventionsstopp für Massentierhaltungsanlagen und Großschlachthöfe einsetzen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir wollen eine Nutztierhaltung die flächengebunden, auf einheimische Nachfrage bezogen und tiergerecht ist. Wir wollen Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte einführen und Formen der Nutztierhaltung mit quälenden Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika verbieten. Kontrollen müssen verschärft und Verstöße härter bestraft werden

12. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Umwelt/Naturschutz:

AKW Grohnde endlich stilllegen!, Grundwasser vor Verunreinigung durch Nitrat schützen!

.....



Themenfeld Europa

Fragen der Europa Union Hameln

13. EU-Entwicklung: Halten Sie ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ für eine denkbare Option?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Deutschland spielt eine zentrale Rolle dabei, die EU zum Wettbewerbsraum umzubauen. Standortkonkurrenz, Druck auf Löhne und Sozialstaat, Freihandel und Aufrüstung sind nicht im Interesse der Menschen. Die einseitige Exportorientierung vor allem der deutschen Wirtschaft führt zu Deindustrialisierung, Verschuldung und Massenerwerbslosigkeit anderer Länder. Wir wollen ein Europa der sozialen Gerechtigkeit, des Humanismus und der internationalen Solidarität. In allen Mitgliedsstaaten muss in Volksabstimmungen über Verträge entschieden werden. Finanzmärkte müssen entmachtet und der europäische Bankensektor demokratisch kontrolliert werden. Die Interessen der Menschen müssen in den Vordergrund gestellt werden.

14. Schuldenerlass: Sollen Staatsschulden bei Ländern, die ihre Schulden nicht mehr begleichen können, erlassen werden?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir wollen eine europäische Schuldenkonferenz, bei der Schulden auf Legitimität und Tragbarkeit geprüft und Lösungen gefunden werden, die den am stärksten verschuldeten Ländern einen Ausweg aus der humanitären Katastrophe eröffnen. Wir wollen einen Schuldenschnitt für Griechenland.

15. Türkei: Soll die EU die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beenden?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Mit einem türkischen Präsidenten Erdogan, der Oppositionelle unterdrückt, die Pressefreiheit einschränkt, Menschenrechtsaktivisten einsperren lässt und offen über die Wiedereinführung der Todesstrafe nachdenkt, darf es keine EU Beitrittsverhandlungen geben. Die demokratischen Kräfte in der Türkei verdienen Solidarität und politische Unterstützung. Unter anderen politischen Vorzeichen in der Türkei ist die Wiederaufnahme der Beitrittsverhandlungen denkbar.



16. Europaarmee: Unterstützen Sie die Idee einer gemeinsamen Armee der EU?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir wollen langfristig ein Deutschland und Europa ohne Armeen und eine Welt ohne Kriege. Wir wollen die Bundeswehr verkleinern und die Militarisierung der EU beenden. Sicherheit gibt es nur mit konsequenter Friedenspolitik und Förderung globaler Gerechtigkeit statt Standortkonkurrenz.

17. EU-Hauptstadt Brüssel: Soll Brüssel die alleinige Hauptstadt der EU werden und den Sitz des europäischen Parlaments haben?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Aus Kostengründen.

18. Interrail: Sind Sie für ein kostenfreies Interrail-Ticket für 18 – 20-Jährige, damit diese Europa besser kennen lernen können?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

19. Nennen Sie ein weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Europa:

Das Fort Europa muss unverzüglich abgebaut werden. Statt Geflüchtetenabwehr mittels Frontex und faulen Deals mit Despoten brauchen wir wieder Seenotrettungsprogramme im Sinne von Mare Nostrum und legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge. Denn es gibt so gut wie keine legalen Wege der Einreise nach Deutschland oder anderen EU-Länder ohne EU-Außengrenzen mehr.



Jugendpolitik

Fragen der ev. Jugend Hameln-Pyrmont

20. Infoaustausch: Können Sie sicherstellen, dass die Interessenvertretung der Jugendverbände in Hameln (Kreis-/Stadtjugendring und den Ring politischer Jugendakteure) regelmäßig mit Ihnen ins Gespräch kommen kann??

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Gerne. Mein Team und ich stehen für Gespräche mit Interessenvertretungen nach Absprache jederzeit zur Verfügung. Mein Wahlkreisbüro hat Montags von 10:00 bis 12:00, Dienstags von 14:30 bis 16:00 und Donnerstags von 15:00 bis 17:00 Sprechzeiten. Darüber hinaus bin ich per Email erreichbar. Bei Bedarf kann ich auch Anliegen auch an die kommunalen Mandatsträger der LINKEN in den Stadträten Hameln, Bad Pyrmont, Hessisch Oldendorf, dem Kreistag Hameln-Pyrmont, und dem Ortsrat Afferde sowie dem Gemeinderat Aerzen weiterleiten.

21. Jugendbildung: Bildung ist mehr als Schule. Die Jugendverbände stärken durch Angebote, Seminare und Ausbildungen den Sinn für gesellschaftliches Engagement. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die finanzielle Unterstützung von Stadt und Kreis weiterhin in dem jetzigen Förderausmaß umgesetzt werden kann und bei Bedarf auch über neue Fördermöglichkeiten gesprochen wird?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir brauchen eine kostenfreie Nutzung des ÖPNV und Zugang zu Kultur- und Bildungseinrichtungen. Bildung muss gebührenfrei sein, von der Kita bis zur Universität. Dieser Grundsatz darf nicht der kommunalen Schuldenbremse zum Opfer fallen.

22. Sachmittelfinanzierung: Viele Vereine sind auf Unterstützung bei Anschaffungen angewiesen. On neue Zelte für die Feuerwehren, neue Outdoorspielelemente für Events oder neue Kanus zur Erlebnispädagogik. Vor 8 Jahren stellte der Landkreis seine 1/3 Unterstützung für derlei Investitionen ein. Setzen Sie sich dafür ein, dass es im Zukunft wieder Möglichkeiten der Mitfinanzierung bei Sachmitteln gibt?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Ich finde es unerträglich, wie auf der einen Seite das Ehrenamt gelobt wird und auf der anderen Seite keine Gelder für die Finanzierung notwendiger Sachmittel zur Verfügung stehen. In einem reichen Land wie Deutschland müssen Kommunen und Länder finanziell besser ausgestattet werden, um solche Investitionen zu finanzieren.



23. Ehrenamtsunterstützung: Für Ehrenamtliche, die im Berufsleben stehen, gibt es Möglichkeit für Freizeitmaßnahmen Verdienstaufschlag zu beantragen. So erhält der Arbeitgeber einen finanziellen Ausgleich für den Zeitraum der ehrenamtlichen Tätigkeit. Viele Ehrenamtliche nutzen diese Möglichkeit nicht, da es bei Arbeitgebern verpönt scheint für soziales Engagement eine Freistellung einzureichen. Können Sie Wirtschaftsunternehmen ermutigen ihre Angestellten zu ehrenamtlichen Tätigkeit zu motivieren?

ja

nein

– ggf. kurze Bemerkung –

Ja unbedingt. Ehrenämter und ehrenamtliches Engagement ist Bestandteil unserer Demokratie. Jugend- und Ausbildungsververtretungen, Betriebsräte, Feuerwehr, Sport usw., leben davon. Wer das behindert verhält sich zutiefst undemokratisch. Dazu zählen auch Arbeitgeber die versuchen Betriebsräte zu verhindern. Um das zu verhindern setze ich mich ein.

Allerdings darf freiwilliges Engagement nirgendwo als Ersatz öffentlicher Aufgaben der Daseinsvorsorge missbraucht werden. Die Rahmenbedingungen müssen zudem so verändert werden, dass alle Menschen die hier leben, sich beteiligen können.

24. Jugendbeteiligung: Durch den Prozess Hameln 2030 wurde vieles an Ideen in Bewegung gebracht. Die Abschlussveranstaltung hat gezeigt, dass je weiter die Pläne zur Veränderung fortschreiten, Jugendliche nicht mehr als weitere Gesprächspartner angefragt sind und sich nur noch gestandene Geschäftsleute mit den Ideen beschäftigen. Können Sie dafür sorgen, dass Jugendliche wieder ins Boot geholt werden können?

ja

nein

– ggf. kurze Bemerkung –

Wir teilen die Kritik an der Abschlussveranstaltung von Hameln 2030. Grundsätzlich setze ich mich dafür ein, dass bei politischen Entscheidungen die Betroffenen mit angehört werden. Ich setze mich für stärkere Beteiligung von Jugendgremien in der Politik ein.

25. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Jugend:

Stärkere Beteiligung von Jugendlichen in der Politik, vorstellbar ist eine Absenkung des Wahlalters bei Landtags-, und Bundestagswahlen.



Themenfeld Verkehr / Mobilität

Fragen des ADFC Hameln-Pyrmont

26. Tempo 30: Der ADFC und einige weitere Umweltorganisationen fordern Tempo 30 in Ortschaften, um die Unfallrisiken für alle Verkehrsteilnehmer*innen zu reduzieren und dadurch auch das umweltfreundliche Radfahren zu stärken. In Hameln wurde erst kürzlich eine Initiative für einen Modellversuch abgelehnt.

Frage: Würden Sie sich einer entsprechenden Initiative zur Einführung von flächendeckend Tempo 30 in Ortschaften anschließen?

ja

nein

Modellversuche zu flächendeckendem Tempo 30 in geschlossenen Ortschaften sind zu befürworten, wo sie möglich und sinnvoll sind. Die Modellversuche sollten wissenschaftlich begleitet werden, um den Nutzen für Verkehrssicherheit und Umwelt untersuchen zu können.

27. Bundesfahrradbeauftragter: Analog zu den Radverkehrsbeauftragten auf Landesebene und in Städten und Gemeinden fordert der ADFC die Einstellung eines/r Parlamentarische/n Staatssekretär/in fürs Rad. Mit Büro, Dienstwagen und Personal summieren sich die Kosten für einen Staatssekretär auf rund 550.000,-€ (Quelle: Bund der Steuerzahler).

Frage: Halten Sie die Bestellung eines/r Parlamentarische/n Staatssekretär/in für eine gute Investition?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Ein/e parlamentarische/r Staatssekretär/in könnte die Koordination von länderübergreifenden Fahrradwegen, analog zu Autobahnen übernehmen. Durch die Popularität von Pedelecs ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit für überregionale Fahrradwege.

28. Fahrradsicherheit: In Deutschland und Europa wird viel „Fahrradschrott“ verkauft! Die Vorschriften für Fahrräder beschränken sich auf minimale Anforderungen. Eine technische Prüfung oder Überwachung, was in den Handel kommt, erfolgt nicht.

Frage: Unterstützen Sie die Einführung eines „Fahrrad-TÜV“ zur Typprüfung (keine Wiederholungsprüfungen wie beim Auto) auch wenn dadurch der Preis für die preiswertesten Fahrräder (Aldi, Lidl, ...) sich mehr als verdoppelt?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -



29. Schadstoffreduzierung: Die Reduzierung der akuten Belastungen durch Feinstaub, Stickoxide und Lärm sind große Aufgaben für deutsche Städte. Auch in Hameln werden Grenzwerte überschritten. Um Städte wie Hameln oder Hannover zu umweltfreundlicheren Städten umzubauen, u.a. durch Ausbau von ÖPNV, der Fuß- und Radwegeinfrastruktur sowie die Priorisierung von Radschnellwegen gegenüber Stadtautobahnen, ist viel Geld erforderlich das die Kommunen nicht haben.

Frage: Unterstützen Sie die Bereitstellung von Bundesmitteln, um die Weiterentwicklung von Städten zu "Umweltstädten" zu bewerkstelligen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

30. Radverkehrsplan: Vor 15 Jahren hat die Bundesregierung den ersten „Nationalen Radverkehrsplan“ (NRVP) veröffentlicht. Der seit Januar 2013 geltende "Nationale Radverkehrsplan 2020 - Den Radverkehr gemeinsam weiterentwickeln" schließt sich nahtlos an den ersten NRVP an und hat diesen qualitativ weiterentwickelt

Frage: Kennen Sie die Ziele und Inhalte des NRVP?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

31. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Verkehr/Mobilität:

Kein Ausbau der Güterbahntrasse Nordstemmen – Löhne (Planfall 33) als Transitstrecke für den schweren Güterverkehr. Denn die Route führt quer durch viele Orte im Landkreis (Salzhemmendorf, Coppenbrügge, Hessisches Oldendorf, Hameln und Rinteln) als auch durch den Naturpark Weserbergland. Stattdessen muss die Nordroute (Planfall 12) zwischen Wunstorf und Minden erneut geprüft werden.

.....



Themenfeld Kultur

Fragen der Sumpflume

32. Hameln 2030: Bei dem Stadtentwicklungskonzept Hameln 2030 wurde die Projektidee „Aufwertung der Weserpromenade“ an erste Stelle gewählt. Unterstützen Sie Hameln dabei, diese Idee auch in die Tat umzusetzen?

ja

nein

– ggf. kurze Bemerkung –

Ich bin am Rhein geboren und verstehe nicht, wie man ein Flussufer so vernachlässigen kann. Von daher hat die „Aufwertung der Weserpromenade“ auch für mich Priorität. Damit sich die kommunale Aufgabe der Aufwertung des Weserufers lohnt, muss die Weser instandgehalten werden. Deshalb setzte ich mich gegen die Weserversalzung durch die K+S ein. Anfallende Abfälle müssen vor Ort entsorgt werden. Außerdem setzte ich mich für die Beibehaltung des Weserstatus als Bundeswasserstraße ein. Lokale Akteure, die sich an der Aufwertung der Weserpromenade beteiligen, müssen politisch unterstützt werden.

33. Kulturförderung: Die Förderung von Kunst und Kultur ist eine öffentliche Aufgabe. Versprechen Sie eine Sicherung der kulturellen Infrastruktur in den Städten und auf dem Land?

ja

nein

– ggf. kurze Bemerkung –

Es gibt viel tolle Kulturangebote in der Region die Förderung braucht. Kultur ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Eine kommunale Haushaltsnotlage darf nicht zur Schließung von Kultureinrichtungen führen. Statt Druck durch die Ökonomisierung wollen wir eine solide, nicht produkt-, sondern prozessorientierte Grundfinanzierung mit genügen Freiräumen für Projektentwicklung welche die Kulturschaffenden sozial absichern.

34. Soziokultur: Soziokulturelle Zentren sind Orte der Begegnung. Hier findet „Kultur für alle, Kultur von allen und Kultur in allem“ statt. Setzen Sie sich für eine ausreichende Unterstützung soziokultureller Zentren ein?

ja

nein

– ggf. kurze Bemerkung –

Soziokulturelle Zentren und die vielfältigen Akteure kultureller Bildung in den Städten und auf dem Land brauchen sichere finanzielle und personelle Basis und langfristige Planungsmöglichkeiten.



Gehaltsstrukturen im Kulturbereich: Noch immer arbeiten vielen Menschen im Kulturbereich in prekären Beschäftigungsverhältnissen und müssen von sehr geringen Honoraren leben. Setzen Sie sich für Mindesthonorare im Kulturbereich ein?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir wollen gute, existenzsichernde Arbeit, und ein neues Normalarbeitsverhältnis. Wir streiten für branchenspezifische Mindesthonorare und Ausstellungshonorare für bildende Künstler/innen.

Kulturelle Bildung: Über den Wert von kultureller Bildung muss heute nicht mehr diskutiert werden. Doch Kultur braucht Ressourcen. Setzen Sie sich dafür ein, dass mehr Mittel für Kultur freigegeben werden?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Kürzungen der Kulturförderung, Schließungen und Privatisierungen haben den öffentlichen Kultursektor geschwächt. Wirtschaftliche und soziale Risiken für Kulturschaffende haben sich vergrößert und von Unsicherheit geprägt. Wir wollen gute Arbeitsbedingungen und die Stärkung des Öffentlichen auch im Bereich der Kultur. Die Vergabe öffentlicher Fördermittel muss an gute, existenzsichernde Vergütung und gute Arbeitsbedingungen gekoppelt werden. Kultur muss als Gemeinschaftsaufgabe und Staatsziel im Grundgesetz verankert werden. Länder und Kommunen müssten ausreichend Mittel erhalten, um ihren Aufgaben nach Kulturpflege und –Förderung nachkommen zu können.

35. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Kultur



Themenfeld Bildung

Fragen der GEW Hameln-Pyrmont

36. Bildungsfinanzen: Wie ist ihre Position zum prozentualen Ansatz der Bildungsfinanzen des Bundes. Ist er auskömmlich?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

In Bildung wird zu wenig Geld investiert. Marode Schulen, überfüllte Hörsäle, zu weniger Erzieher/innen sind der Beweis. Durch gleichen Zugang zu Bildung sollen soziale Benachteiligungen abgebaut werden.

37. Inklusion: Ist die Heterogenität aller Kinder im inklusiven Kontext der UN Konvention in Deutschland gut auf dem Weg?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir wollen eine inklusive Schule und die uneingeschränkte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Heute gibt es keine adäquaten Hilfen für den Förderbedarf. Bund, Länder und Kommunen müssen ein Investitionsprogramm „inklusive Bildung“ auflegen, um umfassend barrierefrei zu bauen und auszustatten

38. Lebenszeit-Arbeitszeit-Sorgearbeit: Ist die jahrzehntelange Aufteilung 24-26,5 Std.Unterricht darüber hinaus außerunterrichtliche Tätigkeit noch zeitgemäß?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Die GEW und die Länder müssen sich an den Verhandlungstisch setzen und eine zeitgemäße Lösung finden. Viele europäische Nachbarländer zeigen, dass Arbeitszeiten von Lehrkräften besser geregelt werden können.



39. Fachkräftemangel: Passt es Studienplätze und Fortbildungen zu streichen und gleichzeitig ein Fehl von Fachlehrkräften zu beklagen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir brauchen mehr Lehrkräfte und vor allem bessere Arbeitsbedingungen für sie. Befristungen sind allgegenwärtig, gerne werden Lehrkräfte vor den Sommerferien entlassen. Unbefristete Beschäftigung in der Bildung muss die Regel sein.

40. Bildungsqualität: Qualität in der Bildung setzt eine gute Ausbildung in den multiprofessionellen Teams voraus, Sicherheit der Arbeitsplätze und eine tarifliche Einstufung. Stimmen Sie dem zu?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Als Gewerkschafterin weiß ich das Gute Arbeit, gut entlohnt und mitbestimmt sein muss. Das gilt im Bildungsbereich, aber auch im Handwerk, Dienstleistung und Industrie. Wer das nicht erkennt, verschenkt die Chancen, dass Menschen sich mit Ideen und Vorschlägen kreativ einbringen und beteiligen.

41. Nennen Sie **ein** weiteres, ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Bildung:

Kleinere Schulklassen für bessere Bildung und ausgeglichene Lehrkräfte



Themenfeld Soziales

Fragen der Paritäten Hameln-Pyrmont

42. Pflegeversorgung: Die Versorgung der pflegebedürftigen Menschen auf dem Land ist aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen in Bezug auf stationäre, teilstationäre und ambulante Dienstleistungen gefährdet. **Wollen Sie sich für die Entwicklung der Altenpflegestrukturen in ländlichen Regionen einsetzen?**

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Pflege auf dem Land aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen gefährdet ist. Der Staat hat die Aufgabe gleiche Lebensbedingungen herzustellen, das gilt auch für die Pflege. Ideen und Projekte die das unterstützen sind zu fördern. Pflege gehört zur Daseinsvorsorge und darf nicht wirtschaftlichen Interessen zum Opfer fallen.

43. Altenpflegefinanzierung: Aufgrund der altersdemografischen Entwicklung gewinnt die Entwicklung der Altenpflegestrukturen zunehmend an Bedeutung. Von Pflegefachkräften werden gute fachliche Kenntnisse und eine hohe Einsatzbereitschaft bei gleichzeitig schlechten Vergütungen erwartet. Als Konsequenz flüchten viele Fachkräfte aus der Altenhilfe, Schulabsolventen vermeiden die Ausbildung in dieser Branche. **Werden Sie sich für eine verbesserte Finanzierung der Altenhilfe einsetzen?**

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Arbeitsstress macht krank, gute Bezahlung und Anerkennung fehlen. Niedriglöhne und Teilzeitverträge führen in die Altersarmut. Wir brauchen bessere Arbeitsbedingungen, einen sofortigen Pflegemindestlohn von 14,50€ und mehr Pflegekräfte. Wir wollen eine Pflegevollversicherung in die alle einzahlen, und die alle pflegebedingten Leistungen umfasst.

44. Rentenverbesserung: Viele Bürger/innen in der Haus-, Pflege- und Erziehungsarbeit werden sich keine auskömmliche Rente erarbeiten können. **Wollen Sie diesen Personenkreis finanziell besserstellen?**

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir wollen eine solidarische Mindestrente von 1.050€ netto im Monat. Das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente muss wieder auf 53% angehoben werden. Aber wir wollen auch, dass es gute Arbeit und gute Entlohnung vor der Rente gibt. Das es im Pflegebereich besonders viel Beschäftigt im Niedriglohn gibt, ist nicht akzeptabel.



45. Armutsbekämpfung: In Deutschland sind Familien, die in Armut leben, kaum zum sozialen Aufstieg in der Lage. Armut ist eine Hauptursache für schlechtere Bildungsverläufe der Kinder, Hartz IV ist für viele Familien eine Sackgasse. **Wollen Sie den sozialen Aufstieg verarmter Familien unterstützen?**

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Sofort: Das Kindergeld auf 328€ erhöhen, und eine Kindergrundsicherung von 573€ einführen. Ausbau der öffentlichen Ganztags-Kinderbetreuung. Der Bezug von Elterngeld, und Elterngeld Plus für Alleinerziehende muss verbessert werden. Eine verbesserte öffentliche und soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche und mehr öffentliche Angebote an Familien.

Wohnungsmieten: Durchschnittsverdiener sind in Deutschland immer häufiger davon betroffen,

dass Sie die Mieten am Wohnungsmarkt nicht mehr bezahlen können, für Geringverdiener gibt es kaum noch Chancen auf bezahlbare Wohnungen in den Städten. Diese Situation droht langsam auch ländliche Regionen zu erreichen. Werden Sie sich für bezahlbaren Wohnraum einsetzen?“

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Niemand darf mehr als 1/3 seines Einkommens für Miete ausgeben müssen. Wir brauchen einen Neustart im sozialen Wohnungsbau. Wir wollen eine neue Wohngemeinnützigkeit einführen. Ein Sektor auf dem Wohnungsmarkt, der nicht profitorientiert ist. Wir wollen eine echte Mietpreisbremse, die flächendeckend, bundesweit und unbefristet hilft.

Integration: Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund fällt in Deutschland immer noch sehr schwer. In vielen Städten gibt es zunehmende Ballungen von Menschen mit Migrationshintergrund in Kiezen/Quartieren, es entstehen Gebiete mit "eigenen Regeln", zunehmender Verarmung und sozialer Isolation. Wohlfahrtsverbände und Personen im Ehrenamt suchen Wege, die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund in den Kiezen/Quartieren zu unterstützen, oft haben Sie jedoch den Eindruck, in Ihrem Engagement von der Politik allein gelassen zu werden. Die finanziellen Förderungen für Projekte zur Quartiersentwicklung sind bürokratisch und wirken wie der "Tropfen auf dem heißen Stein"! **Wollen Sie sich für die Entwicklung einer sinnvollen und wirksamen Integration in den Quartieren einsetzen?**

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –



Alle Migrant/innen und Geflüchtete müssen frühzeitig Zugang zu Integrations- und Sprachkursen erhalten. Wir brauchen ein Sofortprogramm um zusätzliche Schulsozialarbeiter und Lehrkräfte auszubilden und einzustellen. Massenunterkünfte sind integrationsfeindlich. Wir wollen einen sozialen Wohnungsbau für alle. Leerstehende Wohnungen müssen vermietet werden. Gute Arbeit und Ausbildung für alle. Der Bund muss 100% der Kosten für Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten übernehmen.

46. Nennen Sie **ein** weiteres, Ihnen persönlich wichtiges Anliegen zum Themenfeld Soziales:

Hartz IV ist durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro grundlegend zu überwinden. Der Regelsatz muss kurzfristig auf 560 Euro erhöht werden.

Schülerfragen

Fragen eines Leistungskurses des Schiller-Gymnasiums

47. Staatsbürgerschaft: Halten Sie die doppelte Staatsbürgerschaft angesichts der Erfahrungen mit den Anhängern Erdogans in Deutschland für sinnvoll?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und ein Recht auf Mehrstaatlichkeit haben – ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Das gilt auch bei der Einbürgerung, die wir insgesamt erleichtern wollen, damit alle Menschen, die dauerhaft hier leben, gleiche Rechte haben. Der Zwang, den bisherigen Pass abgeben zu müssen, ist für viele Einwanderinnen und Einwanderer ein Haupthindernis bei der Einbürgerung.

48. EU: Sind Sie für einen sofortigen Stopp der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung -

siehe auch Frage 15.



49. Innere Sicherheit: Halten Sie die finanzielle und personelle Ausstattung der Polizei für ausreichend angesichts der gewachsenen Aufgaben (Terrorabwehr / Fußballfingewalt etc.)?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Die Kürzungen im öffentlichen Dienst und die Privatisierung von Sicherheit durch Ordnerdienste müssen zurückgenommen werden und der Personalmangel beseitigt werden. Demokratische Kontrolle aller Sicherheitsbehörden muss durch die Kennzeichnungspflicht von uniformierten Polizeibeamten und eine unabhängige Ombudsstelle zur Untersuchung polizeilichen Fehlverhaltens gestärkt werden.

Vermögenssteuer: Finden Sie angesichts von z.B. Kinderarmut eine Anhebung der Vermögenssteuer für sinnvoll, um soziale Gerechtigkeit durch Umverteilung zu erreichen?

ja

nein

- ggf. kurze Bemerkung –

Wir führen die Vermögenssteuer wieder ein. Die Einnahmen daraus gehen in die Länderhaushalte. Vermögen ab einer Million Euro soll mit 5% besteuert werden. Die erste Million ist davon freigestellt. Dies würde zu 80 Milliarden Euro Mehreinnahmen im Jahr führen.

Zwei weitere Fragen werden nachgesandt.

Dieser Fragebogen wurde ausgefüllt

von: Jutta Krellmann.....

Kontakt: jutta.krellmann@bundestag.de.....

Internetseite: jutta-krellmann.de.....

Mit der Abgabe des Fragebogens erkläre ich mich mit einer Veröffentlichung der Inhalte einverstanden!

.....
(Unterschrift)



Eine Aktion des Fragebündnisses zur Bundestagswahl 2017



Koordinierung.: Ralf Hermes, BUND Kreisgruppe Hameln-Pyrmont, Berliner Platz 4, 31787 Hameln
Mail: bund.hameln-pyrmont@bund.net